

32. Mitgliederversammlung des Paritätischen

Mahnung zu mehr sozialer Gerechtigkeit -

Satzungsänderung verabschiedet - neuer Verbandsrat gewählt

„Die Beiträge der Reden zu unserer Mitgliederversammlung machen deutlich, dass der Paritätische Niedersachsen merklich ungehaltener wird, wenn es um soziale Gerechtigkeit geht“, fasst **Günter Famulla**, Vorsitzender, die Stimmungslage bei den Mitgliedsorganisationen des Wohlfahrtsverbandes zusammen. „Sowohl unsere Bundesvorsitzende, Heidi Merk, als auch Verbandsrat und Vorstand stellen ein deutliches Auseinanderdriften von Arm und Reich fest“, so Famulla. „Wir fordern die Politik nachdrücklich auf, hier sinnvolle Konzepte des Gegensteuerns zu finden. Ein erster Schritt wären die von uns geforderte Anhebung des Regelsatzes für Hartz IV um 20 Prozent und die Einführung eines eigenen Regelsatz für Kinder, von denen immer mehr in Armut leben müssen.“

Mahnung für mehr soziale Gerechtigkeit. Diese Forderung zog sich wie ein roter Faden durch die 32. Mitgliederversammlung, die am 8. November 2008 in Hannover stattfand. So ging mit deutlichen Worten die Vorsitzende des Paritätischen Gesamtverbandes, die ehemalige Niedersächsische Justiz- und Sozialministerin **Heidi Merk**, mit den politisch Verantwortlichen auf allen Ebenen ins Gericht. Mit Ausführungen zu Altersdiskriminierung, Armut, Ehrenamt und Bildungspolitik setzte sie ein Zeichen für ein Mehr an sozialer Gerechtigkeit. Den Paritätischen Niedersachsen lobte sie als einen Verband, der kritisch, kompetent und verlässlich arbeite. Die stetig steigende Zahl der Mitgliedsorganisationen sei Er-

gebnis einer beeindruckenden Entwicklung, die auf einem breitem Fachwissen und einem großen Maß an Professionalisierung fuße.

Die kritische Auseinandersetzung des Paritätischen mit den aktuellen sozialpolitischen Entwicklungen in Niedersachsen begrüßte Heidi Merk ausdrücklich. Beispielhaft nannte sie die Haltung zur Härtefallkommission und bei der Frühförderung für junge Menschen mit Behinderung. Der Paritätische habe hier eine klare, aber verlässliche Linie, an der sich die Politik orientieren sollte. Zum Thema Härtefallkommission warf sie Innenminister Schünemann vor: „Der Minister hat wohl gemeint, einen Härtefall wäre ein Fall, den man besonders hart anfas-



Ein Blick auf einen Teil der zahlreichen Delegierten; rechts die beiden Gebärdendolmetscherinnen

sen muss.“ Sie rief ihn zu einer liberaleren und menschlicheren Flüchtlingspolitik auf.

Die Bundesvorsitzende prangerte die wachsende Armut an und forderte die Politik zum Handeln auf: „Wir wollen kein so starkes Auseinanderklaffen der Gesellschaft“, brachte sie die Meinung des Verbandes auf den Punkt. Man dürfe sich aber nicht über die Probleme wundern, wenn jede fünfte Familie und jedes vierte Kind von Armut betroffen sei. Es sei nicht tragbar, dass Menschen trotz eines Vollzeit Arbeitsplatzes auf staatliche Transferleistungen angewiesen sind. In diesem Zusammenhang forderte sie unter großen Applaus eine Anhebung des Regelsatzes für Hartz IV um 20 Prozent, um den Menschen ein Minimum an kultureller und sozialer Teilhabe zu ermöglichen. Auch die Bildungschancen müssten verbessert werden, sonst „kommen wir in eine Situation, die unserem Land nicht würdig ist.“

Heidi Merk hob die besondere Bedeutung der älteren Generation für die Gesellschaft hervor. Diese dürfe man nicht diskriminieren, sondern sie böte eine Fundgrube an Kompetenz und Ressourcen. „Die ‚jungen‘ Alten haben ein enormes Potenzial und tragen in großem Maß das Ehrenamt der Gesellschaft“, so Merk. Sie fügte hinzu, dass das „Ehrenamt aber nicht dazu dient, hauptamtliche Strukturen zu ersetzen. Es hat einen ganz anderen Bedeutungsbereich.“

Verbandsrat bekräftigt sein Engagement. In seiner Rede für den Verbandsrat machte auch **Horst Hüther** auf Fehlentwicklungen in der Sozialpolitik aufmerksam. Der Verbandsratsvorsitzende nannte



Günter Famulla begrüßte die Mitglieder und wurde zum zukünftigen Ehrenvorsitzenden gewählt

dabei besonders die Gesundheitspolitik und die Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen.

Er kündigte zugleich an, dass der Paritätische sich zukünftig noch stärker sozialpolitisch engagieren



Horst Hüther sprach für den Verbandsrat und kündigte mehr Engagement an



Heidi Merk forderte Maßnahmen gegen Armut und sprach sich gegen Altersdiskriminierung aus

werde: „Wir werden den derzeitigen Bestrebungen von Politik, Landes- und Bundesregierung, die soziale Situation von Menschen in unserem Land durch eine Fülle von Spar- und anderen Maßnahmen zu verschlechtern, unseren Widerstand entgegensetzen. Wir werden zudem noch intensiver den Versuch unternehmen, das gesellschaftliche Engagement zu vertiefen, um das Bewusstsein für soziale Fragen in der Bevölkerung neu zu beleben.“

Hüther rief den Paritätischen auf, Konzepte zu entwickeln, die noch mehr als bisher Hilfeformen enthalten, die Menschen direkt erreichen. „Wir müssen mit unseren Ideen und unserem Engagement Hilfesuchende vor Stigmatisierung schützen, gleichwertige Lebensbedingungen und gleichberechtigten Zugang aller zu Bildung, Arbeit und Gesundheitsversorgung ermöglichen.“ Dies sei besonders deshalb erforderlich, weil die politisch Verantwortlichen sich stellenweise nicht ausreichend bemühen oder Situationen wie die

wachsenden Armut „einfach, als sei sie gottgewollt, hinnehmen“.

Beispielhaft nannte der Verbandsratsvorsitzende die Behindertenpolitik. Hier werde mit Schlagworten wie „ambulant vor stationär“, „Persönliches Budget“ oder „Budget für Arbeit“, „eine neue Heilslehre verkauft, als wären die bisherigen Leistungen alle sinnlos gewesen.“ Am Beispiel der Frühförderung sei erkennbar, worum es in Wirklichkeit gehe. Hüther sagte: „Hier wird gemeinsam von Kommunen und Kassen der Versuch unternommen, die bisherigen Kosten erheblich zu reduzieren. Auch zu dem Preis, dass viele Kinder nicht mehr ausreichend gefördert werden oder gar nicht mehr an den für sie wichtigen Maßnahmen teilnehmen können.“ Das Ergebnis sei, dass auch die von der Politik geforderte Teilhabe der Menschen mit Behinderungen über diesen Weg erschwert werde.

Scharf kritisierte Hüther die Akteure der derzeitigen Finanzkrise. „Was ist das für eine Gesellschaft, die arme Menschen nicht selten ver-

dächtigt, sich staatliche Hilfe betrügerisch zu erschleichen, wenn gleichzeitig private und staatliche Banken das Geld ihrer Anleger sozusagen unter staatlicher Aufsicht in Milliardenhöhe verzocken und verspekulieren dürfen“, fragte er und fügte hinzu. „Wie geht es wohl einem Hartz-IV-Empfänger, wenn er in der Tageszeitung lesen kann, dass die Gehälter von Bankvorständen zwischen 1,8 und 42 Millionen Euro liegen und der Vorstandsvorsitzende der beinahe in Insolvenz gegangenen Bank Hypo Real Estate eine monatliche Rente von 46.000 Euro erhält?“

Lehren aus der Finanzkrise.

„Geld ist da! Man muss es nur politisch wollen!“ Diese Worte von **Cornelia Rundt**, Vorstand des Paritätischen Niedersachen, stehen sinnbildlich für die Lehren aus der Finanzkrise. Bezogen auf die staatlichen Unterstützungen für die Banken und das Rufen nach mehr Aufsicht und sozialer Gerechtigkeit sagte sie: „Bei unseren politischen Gesprächen wird sich nun endgültig kein Politiker mehr auf die Argumentation zurückziehen können, man würde soziale Zwecke so schrecklich gerne fördern, wenn nur Geld da wäre.“ Sie verlangte deshalb von der Politik mehr Ehrlichkeit sowie Berechenbarkeit und Entschlusskraft der Entscheidungsträger.

Rundt kritisierte unter anderem die Landesregierung dafür, dass sie ihrer Verantwortung für die Sozialpolitik nicht ausreichend nachkomme. Nicht nur, dass das Thema Soziales in der Regierungserklärung völlig fehlte, das Land entziehe sich auf Arbeitsebene mehr und mehr seiner Zuständigkeit. Rundt nannte beispielhaft die Pflegestützpunkte, das Heimrecht und den Landes-

pflegeausschuss. Dagegen seien die Verhandlungen zum sogenannten Landesrahmenvertrag für die Eingliederungshilfe ein äußerst positives Beispiel für eine sachgerechte und kompetente Zusammenarbeit von Landesregierung und Wohlfahrtsverbänden.

Zur Aufnahme von Kinderrechten in die Verfassung erklärte Cornelia Rundt: „Eine klarere Position und eine größere Übereinstimmung zwischen gesprochenem Wort und tatsächlicher Formulierung im Verfassungsentwurf wünschen wir uns gemeinsam mit dem Kinderschutzbund auch hierbei.“ Diese Forderung unterstützte **Johannes Schmidt**, Landesvorsitzender des Deutschen Kinderschutzbundes, nachdrücklich. Rundt machte deutlich, dass insbesondere das Armutsrisiko für Kinder schreckend groß sei. Allein die Erstaussstattung für Schulanfänger koste rund 300 Euro. Dies sei für viele Eltern nicht ausreichend finanzierbar, für Familien ohne Arbeitseinkommen, die von Hartz IV leben müssen, sogar unmöglich. „Da helfen auch keine noch so lobenswerten Spendenaktionen“, so Rundt, sondern da müsse politisch etwas auf den Weg gebracht werden.

„Ich kenne kein Feld sozialer Arbeit in Niedersachsen, in dem nicht mindestens eine Mitgliedsorganisation des Paritätischen tätig ist“, verweist Cornelia Rundt auf die wachsende Zahl von jetzt 789 Mitgliedsorganisationen. Nicht nur daran lasse sich eine äußerst positive – fachliche und wirtschaftliche - Entwicklung des Verbandes in den letzten Jahren festmachen. Deshalb dankte sie allen ehrenamtlichen Kräften, den hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, den fördernden



Cornelia Rundt sprach für den Vorstand und nahm die Finanzkrise aufs Korn

Partnern, den Mitgliedsorganisationen und dem Verbandsrat für ihre engagierte Arbeit. „Ohne sie gäbe es schon lange kein soziales Niedersachsen mehr.“

Neue Regelwerke beschlossen. In konzentrierter Arbeitsweise beschlossen die Delegierten mit großer Mehrheit eine Änderung der Regelwerke. Die neuen Fassungen der Satzung, der Wahl-/Geschäftsordnung und der Fachbereichsordnung sind einstimmig angenommen

worden. Zu der ebenfalls angenommenen Kreisgruppen-Ordnung gab es einen Antrag der Mitgliedsorganisation Selbsthilfe Körperbehinderter Göttingen, der vom Geschäftsführer des Vereins, **Gunnar Siebecke**, vorgetragen wurde. Die Mitgliederversammlung stimmte diesem mehrheitlich zu.

Namensänderung kommt. Nach außen wesentlichste Neuerungen sind zwei Namensänderungen. Zum einen wurde mit der Annahme der



Guter Stimmung: Ehrenvorsitzende Karin Rut Diederichs, Heidi Merk, Ehrenvorsitzender Wolfgang Neubelt und der zum Juli 2009 als Vorstand berufene Sebastian Böstel (v. l.)

Der neue Verbandsrat

Vorsitzende

- **Ulla Klapproth** (Treffpunkt e.V. Gillersheim)
- **Horst Hüther** (Lebenshilfe Helmstedt-Wolfenbüttel gGmbH)

Mitglieder

- **Brigitte Blümel** (pro familia Landesverband Niedersachsen e.V.)
- **Klaus Dickneite** (pro familia Landesverband Niedersachsen e.V.)
- **Andreas Engel** (Delmenhorster Jugendhilfe Stiftung)
- **Kirsten Gehrman** (Plan A gemeinnützige GmbH Delmenhorst)
- **Bernd Göddertz** (IJGD Landesverband Niedersachsen e.V.)
- **Brita Ise Hellmann** (Kneipp-Bund Landesverband Niedersachsen e.V., Interessengemeinschaft Tagesmütter Hannover e.V.)
- **Anneliese König** (Deutscher Familienverband Niedersachsen e.V.)
- **Monika Lehmann** (HuK Hannover e.V. Ökumenische Gemeinschaft Homosexuelle und Kirche),
- **Jutta Lorenzen** (Sozialverband VdK Niedersachsen-Bremen e.V.)
- **Dr. Hermann Niederhut** (Suchtkrankenhilfe Hameln e.V.)
- **Dorothea Pitschnau-Michel** (Deutsche Multiple Sklerose Gesellschaft Bundesverband e.V.)
- **Berlind Rosenthal-Zehe** (Studentenwerk Göttingen Stiftung des öffentlichen Rechts)
- **Dietmar Schlüter** (Freie Suchtkrankenhilfe Niedersachsen e.V.)
- **Johannes Schmidt** (Deutscher Kinderschutzbund Landesverband Niedersachsen e.V.)
- **Kurt Spannig** (Psychiatrische Klinik Uelzen gGmbH, Die Brücke e.V. Uelzen)
- **Thomas Tugendheim** (KWAB-SOS e.V. Hildesheim)



V. l.: Sebastian Böstel (Vorstand ab Juli 2009), Cornelia Rundt, Günter Famulla, Brita Ise Hellmann, Berlind Rosenthal-Zehe, Birgit Helm (hinten), Ulla Klapproth, Horst Hüther, Jutta Lorenzen, Dr. Hermann Niederhut (hinten), Kirsten Gehrman, Anneliese König, Andreas Engel, Klaus Dickneite, Monika Lehmann, Dietmar Schlüter (hinten), Kurt Spannig, Thomas Tugendheim, Brigitte Blümel, Johannes Schmidt, Johannes Spitta (ausgeschieden), Katrin Schwarz (ausgeschieden) und Bernd Göddertz; verhindert war Dorothea Pitschnau-Michel

neuen Fassungen der Verbandsname erweitert: Der Landesverband heißt zukünftig Paritätischer Wohlfahrtsverband Niedersachsen e. V. „Mit der Namensänderung“, erläutert Günter Famulla, „wollen wir zwar am inzwischen zum Markenzeichen gewordenen Begriff ‚Paritätischer Niedersachsen‘ festhalten, aber wir möchten den Bezug zu unserer Arbeit mit dem Zusatz ‚Wohlfahrtsverband‘ auch im Verbandsnamen stärker verdeutlichen.“ Nicht nur der Landesverband hat einen neuen Namen bekommen; zukünftig heißen die rechtlich unselbstständigen Sozialzentren nicht mehr Kreisgruppen, sondern Kreisverbände. Weitere Satzungsänderungen betreffen unter anderem den Vorstand. Zum 01. Juli 2009 wird es zwei gleichberechtigte hauptamtliche Vorstandsmitglieder und damit keinen Vorsitzenden mehr geben.

Verbandsrat neu gewählt. Auf der Tagesordnung stand auch die Wahl zu einem neuen Verbandsrat. Unter der Leitung von **Bernd Eschment**, Vorsitzender des Wahlausschusses, kam es zu einer 100-prozentig gültigen Stimmabgabe. Von den 18 bisherigen Mitgliedern sind **Jörg Kappelhoff**, **Dr. Regina Ohlshausen**, **Katrin Schwarz** und **Johannes Spitta** nicht mehr angetreten und vom amtierenden Verbandsratsvorsitzenden Horst Hüther verabschiedet worden. **Bernd Leuschner** ist leider verstorben. Die übrigen 13 Mitglieder wurden bestätigt. Neu gewählt wurden **Andreas Engel**, **Kirsten Gehrman**, **Anneliese König**, **Dr. Hermann Niederhut** und **Dietmar Schlüter**. Als alternde Vorsitzende des 18-köpfigen ehrenamtlichen Gremiums wurden dabei **Ulla Klapproth** und **Horst Hüther** im Amt bestätigt.

Erscheinungsbild wird angepasst. Als letzter Landesverband folgt der Paritätische Niedersachsen dem Gesamtverband und wird ein neues Logo einführen. Bei diesem Tagesordnungspunkt zeigten sich die Delegierten der Mitgliederversammlung sehr unzufrieden. Deshalb gab es einen Entschluss, der unter anderem beinhaltet, dass das neue Erscheinungsbild einschließlich des Logos nicht überzeugend ist, insbesondere das Verfahren der Einführung durch den Gesamtverband als nicht akzeptabel bezeichnet wird und der Paritätische Niedersachsen nur als Gründen der Solidarität das neue Verbandssignet übernimmt.

Die 777 rockt. Im Rahmen der Veranstaltung wurde das Musik-Zentrum Hannover als 777. Mitglied des Paritätischen besonders begrüßt. Das MusikZentrum ist vom Paritätischen mit der Organisation des Projektes Musik-in-Liner beauftragt. Mit einem zum rollenden Aufnahmestudio umgebauten Linienbus sollen benachteiligte Kinder und Jugendliche über das Mittel der Musik angesprochen werden. In diesem Zusammenhang stellte die bei diesem Projekt gegründete Musikband **Elektrozaund** ihre ersten Songs vor. In einer humorigen Einlage überreichten **Holger Maack**, Geschäftsführer des MusikZentrums, und **Sabine Busmann**, Projektleiterin des MusikZentrums, eine aufblasbare Luftgitarre an Günter Famulla.

Günter Famulla wird zukünftig Ehrenvorsitzender. Auf Antrag von **Hans-Werner Lange**, Geschäftsführer des Blinden- und Sehbehindertenverbandes, ernannten die Delegierten der Mitglieder-



Mütze auf und Mütze ab: „Kleinere“ Abstimmungen wurden per Kappenzeichen vorgenommen



Elektrozaund, die Band aus dem Projekt des Musik-in-Liners, spielten ihren Titel „Schatten“



Günter Famulla spielte die von Sabine Busmann überreichte „Luftgitarre“



Ulla Klapproth (2. v. r.) und Horst Hüther (r.) bedankten sich bei den ausgeschiedenen Verbandsratsmitgliedern Johannes Spitta, Katrin Schwarz, Dr. Regina Ohlshausen und Jörg Kappelhoff (v. l.)



Die Gäste von den polnischen Partnerverbänden mit Fachberater Krzysztof Balon (2. v. r.)



Die Gäste vom russischen Partnerverband

versammlung den im Sommer 2009 aus dem Amt scheidenden Verbandsvorsitzenden Günter Famulla zum zukünftigen Ehrenvorsitzenden des Paritätischen Niedersachsen. Er wird ab Juli 2009 diese Funktion gemeinsam mit den jetzigen Ehrenvorsitzenden **Karin Rut Diederichs** und **Wolfgang Neubelt** inne haben. Lange begründete seinen Antrag: „Ein Verband benötigt Personen, zu denen die Mitglieder aufschauen können. Günter Famulla ist seit über 30 Jahren beim Paritätischen Niedersachsen aktiv und ist eine solche Person.“ Der künftige Ehrenvorsitzende zeigte sich nach dem Votum der Mitgliederversammlung sehr bewegt: „Ich bin gerührt und ich bin Ihnen sehr dankbar.“

Die 32. Mitgliederversammlung des Paritätischen fand in einer entspannten, aber engagierten Arbeitsatmosphäre statt. Sie zeigte die ganze Vielfalt des Verbandes und verdeutlichte, dass der Paritätische überall dort, wo soziale Gerechtigkeit fehlt, Anwalt der Schwachen und kritischer Begleiter der politisch Verantwortlichen ist und weiter sein wird.

*Michael Weber,
Referent für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit*